

Ulrike Höfken

- (A) Die gleiche Entwicklung hatten wir doch beim Weinmarkt, ehe wir über Fraktionsgrenzen hinweg endlich eine Mengenregulierung herbeigeführt haben. Erst dann konnten wir sagen: Der Markt entwickelt sich jetzt wieder gut.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Welchen Preis haben wir denn beim Wein?)

Bundespräsident Köhler hat zur Finanzkrise gesagt: „Es braucht einen starken Staat, der dem Markt Regeln setzt ...“ Das muss auch für den Milchmarkt gelten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will ganz ernsthaft sagen: Die Herausforderungen der kommenden Jahre sind die Märkte für Energie und für Lebensmittel. Genauso wie bei den erneuerbaren Energien – zum Beispiel beim EEG – muss die Politik bei der Lebensmittelerzeugung für Unabhängigkeit und für Sicherheit der Versorgung sorgen. Denn kommende Eskalationen im Ernährungsbereich kann keine Politik durchstehen, und Sie am allerwenigsten.

Bündnis 90/Die Grünen wollen eine am Bedarf ausgerichtete, nachhaltige, qualitativ hochwertige und umweltgerechte Milchproduktion, die faire Erzeuger- und Verbraucherpreise ermöglicht. Wir fordern die Kanzlerin auf, morgen, wenn sie sich endlich einmal mit den Bäuerinnen trifft – ihr ist wahrscheinlich eingefallen, dass das Wählerinnen sind –, die Notbremse zu ziehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Wir wollen die sofortige Abschaffung der Exportsubventionen. Wir wollen die sofortige Mengenbegrenzung.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Es ist doch dummes Zeug, was Sie da reden!)

Es ist verantwortungslos, bei einem so bedeutenden Bereich wie der Lebensmittelerzeugung den Steuerhebel aus der Hand zu geben und die Milcherzeugung zu zerschlagen. Wir brauchen eine neue Diskussion über die Milchproduktion.

Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Ulrich Kelber, SPD-Fraktion.

(Unruhe)

– Ich bitte, dem Kollegen Ulrich Kelber noch zuzuhören.

Ulrich Kelber (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen von meinem Freund Kangwa erzählen. Kangwa ist fünf Jahre alt und geht schon zur Schule. Er lebt mit seinem Bruder und zwei Cousins, die Aidsweisen sind, zusammen mit seiner Mutter, seinem Onkel und seiner Großmutter auf einer 1,5 Hektar großen Farm in der Copperbelt-Region in Sambia an der Grenze zum Kongo.

Ich hatte das Privileg, Ende März/Anfang April auf Einladung der christlichen Organisation „Justitia et Pax“ einige Tage mit dieser Familie auf der Farm zu leben und zu arbeiten. Ich habe mir anschauen können, was die Milchviehwirtschaft für diese Familie bedeutet. Die Familie hat vor drei Jahren mit einer geschenkten Kuh im Rahmen des Heifer-Programms damit begonnen. Es ist die Chance, Ernährung und Einkommen zu sichern.

Die Familie betreibt diese Milchviehwirtschaft unter schwersten Bedingungen: massiver Mangel an Wasser – Wasser muss mit reiner Muskelkraft aus einem tiefen Erdloch geholt werden –, Mangel an Geräten, Fehlen von Strom, keinerlei Mobilität; noch nicht einmal ein Fahrrad kann sich diese Familie leisten.

Die Milch ist wichtig, erstens um Mangelernährung bei den vier Kindern zu verhindern und zweitens um ein zusätzliches kleines Einkommen zu erzielen. Nur mit dieser Chance auf zusätzliches Einkommen kann das Schulgeld für die vier Kinder bezahlt werden. Wird das Schulgeld nicht rechtzeitig bezahlt, werden die Kinder ab dem nächsten Tag von den Lehrerinnen und Lehrern nach Hause geschickt.

Um dieses Geld zu erwirtschaften, geht Frau Malama, die 60-jährige Hofpatronin, täglich bis zu 22 Kilometer zu Fuß mit der Milchkanne zur Milchsammelstelle, um die Milch dort abzugeben. Ich habe sie an einem Tag auf diesem Weg begleitet. Für 3 Liter Milch – 1 Liter wird für den Eigenkonsum abgezweigt – geht sie 5,5 Kilometer hin und 5,5 Kilometer zurück – für einen Erlös von rund 60 Cent. Ohne dieses Geld ist der Schulbesuch der Kinder nicht möglich. Ohne dieses Geld kann die veterinärmedizinische Versorgung der Kühe nicht gewährleistet werden. Würde die Kuh geschlachtet, könnte die Familie mit dem Erlös zwar einige Wochen und Monate überleben; jegliche Chance auf Entwicklung wäre aber vernichtet.

Was hat Sambia mit Milchexportsubventionen zu tun? Wir haben doch festgelegt, dass nur in Schwellenländer, nicht aber in Entwicklungsländer geliefert wird. Sambia ist in einer Zollunion mit Südafrika. Nach Südafrika wird geliefert, nicht nur aus Europa, sondern auch aus Ländern außerhalb Europas. In der Größenordnung, in der Milchpulver nach Südafrika geliefert wird, liefert Südafrika Milchpulver nach Botswana, nach Sambia und in andere Staaten. Der Milchpreis dort fällt in der Geschwindigkeit, in der der Preis für das exportierte Milchpulver fällt. Das vernichtet dort Existenzen. Alle Chancen, Milchviehwirtschaft aufzubauen, Mangelernährung bei den Kindern zu verhindern und Einkommen zu erzielen, sind damit weg.

Deswegen, Frau Ministerin, fordere ich Sie auf – ich bitte Sie nicht nur darum –, so manchen Klientelwünschen nicht nachzugeben, sondern im Europäischen Rat mit Nein zu stimmen, wenn es um die Verlängerung der Gewährung von Exportsubventionen für Milch geht. Es geht um Existenzen und das Leben von Menschen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Ulrich Kelber

- (A) Der Kollege Zöllmer hat dargestellt, warum die SPD einem Antrag, der eine Reihe von Forderungen enthält, nicht zustimmen kann; wir lehnen einige davon eben ab. Als ich jene Farm verlassen habe, habe ich der Familie und mir allerdings eines versprochen: Ich kann nicht gegen einen Antrag stimmen, der das Ziel hat, Milchexportsubventionen zu beenden. Ich werde mich daher heute enthalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Milch-Exportsubventionen sofort stoppen – Weitere Zerstörung der Märkte in Entwicklungsländern verhindern“.

Zu dieser Abstimmung liegen mir etliche Erklärungen nach § 31 GO vor.¹⁾

Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/13119, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/12308 abzulehnen. Wir stimmen über die Beschlussempfehlung auf Verlangen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen namentlich ab. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Sind die Plätze an den Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Ich eröffne die Abstimmung.

(B)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.²⁾

Wir setzen die Beratungen fort.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 12 a bis 12 c auf:

- a) – Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Dr. Carola Reimann, Detlef Parr, Frank Spieth und weiteren Abgeordneten eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur diamorphingestützten Substitutionsbehandlung**
- Drucksache 16/11515 –
- Zweite und dritte Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die diamorphingestützte Substitutionsbehandlung**
- Drucksache 16/7249 –
- Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt und weiteren Abgeordneten eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung**

des Betäubungsmittelgesetzes und anderer Vorschriften (C)

– Drucksache 16/4696 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)

– Drucksache 16/13021 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Maria Eichhorn

Dr. Carola Reimann

Detlef Parr

Frank Spieth

Dr. Harald Terpe

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Jens Spahn, Maria Eichhorn, Dr. Hans Georg Faust und weiterer Abgeordneter

Ausstiegsorientierte Drogenpolitik fortführen – Künftige Optionen durch ein neues Modellprojekt zur heroingestützten Substitutionsbehandlung Opiatabhängiger evaluieren

– zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Harald Terpe, Birgitt Bender, Elisabeth Scharfenberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(D)

Gesetzliche Voraussetzungen für heroingestützte Behandlung Schwerstabhängiger schaffen

– zu dem Antrag der Abgeordneten Monika Knoche, Ulla Jelpke, Frank Spieth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Heroinmodell in die Regelversorgung überführen und Therapiefreiheit der Ärztinnen und Ärzte schützen

– zu dem Antrag der Abgeordneten Detlef Parr, Daniel Bahr (Münster), Heinz Lanfermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Kontrollierte Heroinabgabe in die Regelversorgung aufnehmen

– Drucksachen 16/12238, 16/2075, 16/2503, 16/3840, 16/13021 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Maria Eichhorn

Dr. Carola Reimann

Detlef Parr

Frank Spieth

Dr. Harald Terpe

- c) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)

¹⁾ Anlagen 14 und 15

²⁾ Ergebnis Seite 24646 D